

Gerücht und Realität – Kriminalität, Business und Politik in Zentralasien

Von Max Stiller

Zusammenfassung

Zwanzig Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit werden die fünf zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken von autoritären Eliten regiert, die die wirtschaftlichen Ressourcen der Region kontrollieren und die staatlichen Strukturen weitgehend ihren Interessen untergeordnet haben. Endemische Korruption hat insbesondere die Exekutive und Judikative zu Erfüllungsgehilfen der dominierenden Eliten degradiert und durch die Abwesenheit jeglicher rechtsstaatlicher Standards ein soziales und politisches Milieu hervorgebracht, in dem Strukturen organisierten Verbrechens Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten ausüben und in Teilbereichen mit diesen deckungsgleich sind. Die Konvergenz von Politik, Wirtschaft und organisierter Kriminalität kann als eines der wesentlichen Hemmnisse für die politische und wirtschaftliche Entwicklung beschrieben werden. Die folgenden Ausführungen streifen einige der wesentlichen strukturellen Probleme, die sich daraus ergeben.

Ein Problem der Glaubwürdigkeit

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Kriminalität, Business und Politik ist aus naheliegenden Gründen nicht ganz unproblematisch: Informationen über organisierte Kriminalität basieren häufig auf Gerüchten und Hörensagen sowie teilweise abenteuerlichen Verschwörungstheorien, die kaum ein Klischee der spezifischen postsozialistischen Lebenswelten auslassen: Russische Oligarchen, tschetschenische, uighurische oder dagestanische Clans, afghanische Drogenschmuggler und insbesondere islamische Terrornetzwerke finden sich in jedem Sujet über das organisierte Verbrechen in der Region. Die regionalen Sicherheitsstrukturen (Miliz, Innenministerien sowie rivalisierende, teils paramilitärische Verbände) der fünf zentralasiatischen Staaten tragen unmittelbar und meines Erachtens intentional zu der Unübersichtlichkeit und mangelnden Transparenz bei. Endemische Korruption, undurchsichtige Subordination und vor allem das Fehlen jeglicher demokratisch legitimierter Kontrolle haben die Glaubwürdigkeit der regionalen Sicherheitskräfte substantiell unterminiert. Als Nachfolgeorganisationen des sowjetischen KGB wenden die heutigen Sicherheitskräfte Methoden an, die mit polizeilichen Ermittlungen wenig gemein haben: »Geständnisse« werden durch Anwendung physischer und psychischer Gewalt erzwungen, Beweise manipuliert (oder Verdächtigen untergeschoben) sowie Familienangehörige in Sippenhaft genommen. Ein undurchsichtiges Netz von inoffiziellen Mitarbeitern sammelt »Informationen«, die dann zu vermeintlichen »Ermittlungserfolgen« führen. Die Trennlinien zwischen Judikative und Exekutive sind in der Regel unscharf, zahlreiche Verfahren finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und rechtsstaatliche Standards werden systematisch verletzt.

Insbesondere gilt dies für den Verdacht des islamischen »Terrorismus« seit dem 11. September 2001. In

trauriger Regelmäßigkeit werden Repräsentanten der politischen, regionalen oder sozialen Opposition sowie der verbliebenen Zivilgesellschaft und anderer marginalisierter sozialer Gruppen als potentielle »Wahhabiten«, Anhänger der verbotenen Hizb ut-Tahrir al-Islami, islamische Fundamentalisten oder Dschihadisten denunziert und in intransparenten Gerichtsverfahren zu überproportional hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Weder der durch Repressionen eingeschüchterten Zivilgesellschaft noch den eng kontrollierten regionalen Medien gelingt es, eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen, die diesen Umstand ausreichend erörtern – die internationalen Medien zeigen ohnehin nur geringes und kurzzeitiges Interesse an Zentralasien.

Die Beliebigkeit und Problematik des Diskurses über den »islamischen« Terrorismus und die entsprechende Berichterstattung zeigte sich beispielhaft nach den ethnischen Pogromen gegen die usbekische Minderheit im Süden Kirgistans 2010: Der Vorsitzende des staatlichen Sicherheitsrates, Keneschbek Duschebjew, gab unmittelbar nach den Vorfällen zu Protokoll, dass hinter den Unruhen islamistische Gruppierungen stünden (Tadschiken und die Islamische Bewegung Usbekistans), die von der Familie des gestürzten Präsidenten Bakijew angeheuert worden seien. Augenzeugen und objektive Berichte über die Unruhen im Süden Kirgistans widersprachen dieser Darstellung: Zwar erhärtete sich der Verdacht, dass die Bakijew-Familie die Unruhen zu ihren Gunsten auszunutzen gedachte, die Teilnahme islamischer Gruppen konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt nachgewiesen werden. Der reflexartige und pauschale Verweis auf vermeintlich terroristische Strukturen, den man ebenfalls regelmäßig von Sicherheitsstrukturen in Tadschikistan und Usbekistan hört, hat letztendlich die Glaubwürdigkeit genuin berechtigter Sicherheitsbedenken, etwa hinsichtlich der Aktivitäten der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und

der aus ihr hervorgegangenen Gruppierungen, massiv unterminiert. Die harsche Strafverfolgung islamischer Aktivisten – vor allem vermeintlicher Mitglieder der Hizb ut-Tahrir sowie Salafiten – hat unter den betroffenen Bevölkerungsschichten zunehmend Konfliktpotential geschaffen und teilweise zu einer Radikalisierung beigetragen.

Das Problem der Einbindung: Eliten in Zentralasien

Trotz dieser grundsätzlichen Problematik gehen westliche Geberstaaten, etwa die Europäische Union (in Zentralasien vertreten durch die Europäische Kommission), internationale Organisationen (UN, OSZE) sowie Entwicklungshilfeorganisationen (DFID, GIZ oder USAID) grundsätzlich von dem Paradigma aus, dass der Staat als wichtigster Akteur in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der zentralasiatischen Gesellschaften auch gleichzeitig der zentrale Partner für Entwicklungszusammenarbeit sein sollte. Zwar erfolgen regelmäßig Strategieanpassungen, die beispielsweise die Rolle der Zivilgesellschaft oder lokaler Verwaltungsstrukturen (hier etwa das auch in Zentralasien populäre »Community Driven Development«) betonen, ein Großteil der Entwicklungszusammenarbeit (und damit der Entwicklungsgelder) fließt allerdings mittel- oder unmittelbar an staatliche Strukturen und Institutionen. Dies funktioniert (trotz der endemischen Korruption) durch die direkte Budgetfinanzierung (beispielsweise die Europäische Kommission) verschiedener Ministerien oder durch Implementierung von Projekten, die sich vor allem auf die Aus- und Weiterbildung lokaler Mitarbeiter (»capacity building«) konzentrieren. Dies gilt im Besonderen für die Zusammenarbeit mit den regionalen Sicherheitsstrukturen: Hier setzen westliche Staaten (vertreten etwa durch das FBI, Bundeskriminalamt oder die Streitkräfte) und Organisationen gerne auf den Bereich Aus- und Weiterbildung sowie Ausrüstungshilfe. Die ethischen Implikationen einer solchen Zusammenarbeit werden allzu häufig nicht ausreichend erörtert – dies gilt mithin auch für die Beurteilung der innenpolitischen Lage, die teilweise auf Informationen der »Partner« in den Sicherheitsstrukturen basiert.

Dieser Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit ist bedingt durch die Vorstellung, man könne so die dominierenden Eliten (und ihre Sicherheitskräfte) in einen »kritischen« Dialog einbinden. »Einbindung« bedeutet in diesem Zusammenhang die Erwartung, dass westliche Geberländer den jeweiligen Eliten bestimmte Anreize (hier: Aus- und Weiterbildung sowie Ausrüstungshilfe für Sicherheitskräfte) bieten, im Gegenzug allerdings langfristig die Einhaltung bestimmter Mindeststandards im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und

Menschenrechte sowie eine stärkere regionale Zusammenarbeit (beispielsweise hinsichtlich Afghanistans) erwarten. Grundsätzlich herrscht die Wahrnehmung vor, dass die Ausbildung und Stärkung staatlicher Strukturen im genuinen Interesse der politischen Eliten der zentralasiatischen Transformationsstaaten liegen sollte und somit zumindest in diesem Bereich eine substantielle(re) Zusammenarbeit erfolgen könnte.

Nach nunmehr 20 Jahren politischer, sozialer und wirtschaftlicher Transformation im postsowjetischen Raum und Zentralasien im Besonderen, ist es legitim, diesen idealtypischen Ansatz zu hinterfragen: Sind die regionalen politischen Eliten tatsächlich an einem »starken« Staat interessiert, oder vielmehr an einem weitgehenden Rückbau bzw. einer Schwächung staatlicher Strukturen? Folgt man diesem Ansatz, betreiben die post-sowjetischen Eliten die gezielte Demontage und Manipulation staatlicher Strukturen – und dies nicht aus einem falsch verstandenen Liberalismus heraus. Die (intentionale) chronische Unterfinanzierung zentraler staatlicher Institutionen, insbesondere der Justiz und Sicherheitsbehörden, führten zu einem dramatischen Ausgreifen der Korruption und damit auch sukzessive einer fundamentalen moralischen Demontage staatlicher Autorität. »Sicherheit« wird in diesem Zusammenhang in Zentralasien exklusiv als die Sicherheit der dominanten Elite – in der Regel gruppiert um die präsidiale Familie und Administration – definiert und nicht inklusiv im Sinne der »öffentlichen« Sicherheit (gemäß der UN-Konvention zur »menschlichen Sicherheit«) der gesamten Bevölkerung. Reguläre Sicherheitsstrukturen (vor allem Armee und Miliz) wurden zunehmend durch »privatisierte« und weitgehend intransparente Parallelstrukturen (Präsidialgarden und/oder Sondereinheiten) abgelöst, die unter keiner demokratisch legitimierten Aufsicht stehen (etwa eines parlamentarischen Ausschusses) und in der Regel unmittelbar einem Vertrauten oder Verwandten des Präsidenten antworten. Beobachter gehen zudem davon aus, dass die verschiedenen Sicherheitsstrukturen miteinander rivalisieren und in illegale Machenschaften involviert sind.

Doch nicht nur die Sicherheitskräfte und Justiz sind durch Korruption unterminiert worden. Nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens, insbesondere das Bildungs- und Gesundheitswesen, sind durch Korruption derart betroffen, dass sie ihre gesellschaftliche Funktion nicht mehr erfüllen. Zwar beteuern die zentralasiatischen Machthaber regelmäßig ihren Einsatz gegen Korruption und maßregeln diverse Minister öffentlich, allerdings ist zu konstatieren, dass vor allem die dominierenden Eliten von der endemischen Korruption profitieren. Westliche Diplomaten berichten vertraulich über in den Hauptstädten Zentralasiens kursierende »Preislis-

ten« für diverse öffentliche Ämter, während Schüler und Studierende korrupte Praktiken in Schulen und Universitäten wiederholt öffentlich gemacht haben. Grundsätzlich folgt die Korruption in allen Bereichen einem pyramidalen Prinzip: Im Bildungsbereich etwa bedeutet dies, dass Lehrer, Dozenten, Dekane oder Rektoren ihre Positionen bei der nächst übergeordneten Stelle »erwerben« müssen und folgend ihre Investition amortisieren wollen. Zeugnisse und Examina werden nicht mehr aufgrund individueller Leistung bewertet, sondern auf Basis der Zahlungswilligkeit der Lernenden. Die Folgen sind katastrophal – sowohl für die Qualität des Bildungswesens wie für die Qualifikation der kommenden Generationen. Doch die Demontage staatlicher Institutionen ist nur eine Dimension der ungeheuren Probleme, vor denen Zentralasien steht: In Meinungsumfragen unter der zentralasiatischen Bevölkerung rangiert Korruption zwar als eines der zentralen Probleme, gleichzeitig geben Befragte an, dass sie sich mit der allgegenwärtigen Korruption arrangiert hätten und korrupte Praktiken zu ihrem Vorteil ausnutzen würden. Offensichtlich haben die Erfahrungen der späten Sowjetzeit (hier sei nur an die Funktion von *blat* erinnert) und der post-sozialistischen Transformation ein Milieu generiert, in dem Korruption als gesellschaftliche Praktik akzeptiert und von den dominierenden Eliten entsprechend ausgenutzt wird. Die Folgen für die politische Entwicklung der Region sind gravierend, da sich unter diesen Bedingungen kaum rechtsstaatliche Strukturen herausbilden können.

Trotz der mangelnden Pressefreiheit und der nur gering vernetzten Öffentlichkeit bzw. Zivilgesellschaft in der Region, gerieten (und geraten) in den letzten Jahren immer wieder brisante Informationen über die Korruption und kriminellen Aktivitäten der politischen Eliten Zentralasiens in die Öffentlichkeit. Dies geschah teilweise im Zuge der zunehmenden Globalisierung: Verschiedene Rechtsstreitigkeiten innerhalb der Eliten werden zunehmend vor europäischen oder US-amerikanischen Gerichten verhandelt. Höchst dramatisch waren in diesem Zusammenhang die Ereignisse um den kasachstanischen OSZE-Botschafter und Schwiegersohn von Präsident Nasarbajew, Rachat Alijew, der von einem kasachstanischen Gericht für eine ganze Reihe schwerer Straftaten verantwortlich gemacht und in Absentia zu 40 Jahren Haft verurteilt wurde. Alijew beantragte daraufhin politisches Asyl in Österreich und ging medial gegen seinen ehemaligen Schwiegervater vor. Tatsächlich scheinen die zentralasiatischen Potentaten mit ihren Schwiegersöhnen wenig Glück zu haben: Gulnara Karimowa (die Tochter Islam Karimows) verhandelte einen unangenehmen Rechtsstreit über das Sorgerecht ihrer Kinder mit ihrem Ex-Mann

vor einen New Yorker Gericht und gegen einen weiteren Schwiegersohn Nasarbajews, Timur Kulibajew, wird angeblich in der Schweiz wegen Geldwäsche ermittelt. Kulibajew, der Berichten zufolge die kasachstanische Ölindustrie kontrolliert, sah sich zudem durch dubiose Geschäfte mit Prince Andrew (der zudem Sondergesandter der britischen Regierung für internationalen Handel ist) im Licht der Öffentlichkeit (und nicht nur der Boulevardpresse). Trotz der negativen Presse ernannte Nasarbajew seinen Schwiegersohn im April 2011 zum Leiter des 60 Mrd. Euro umfassenden Staatsfonds Samruk-Kasyna – Beobachter werten dies als einen deutlichen Schritt in der Nachfolgefrage. In Kirgistan wurden das ungezügelte Geschäftsgebaren und die kriminellen Aktivitäten von Präsidentensöhnen gleich zwei Potentaten zum Verhängnis: Der Coup d'État gegen Askar Akajew 2005 war teilweise motiviert durch die kriminelle Geschäftspraktiken seines Sohnes Aidar Akajew, die sich zunehmend gegen Teile der Elite richteten. Askar Akajews Nachfolger, Kurmanbek Bakijew, hatte offensichtlich aus den Ereignissen 2005 wenig gelernt: Sein Sohn Maksim agierte weitaus zügeloser als sein Vorgänger und trug somit maßgeblich zu dem Umsturz 2010 bei. Sowohl Aidar Akajew als auch Maksim Bakijew nutzten staatliche Strukturen und Institutionen, um Kontrolle über Wirtschaftsunternehmen (Mobilfunk, Supermärkte etc.) zu erlangen bzw. kriminelle Netzwerke zu manipulieren.

Einer der vermutlich aufsehenerregendsten Fälle betrifft allerdings das ärmste der zentralasiatischen Länder: Tadschikistan. Ein Rechtsstreit um Profite aus der Aluminiumhütte in Tursunsoda (TadAZ/heute TALCO) zwischen der Präsidentenfamilie (repräsentiert durch den Schwager des Präsidenten Rachmon), einem ehemaligen Direktor der Hütte sowie einigen teils dubiosen internationalen Akteuren (RUSAL) avancierte mit geschätzten 120 Mio. US-Dollar Prozesskosten zum teuersten Rechtsfall der britischen Rechtsgeschichte, der zudem bis zu seiner plötzlichen (aber nicht überraschenden) außergerichtlichen Einigung durch britischen Gerichtshof detailliert dokumentiert wurde. Da der Prozess in London geführt wurde, konnte Rachmon nicht verhindern, dass Details der Geschäftspraktiken der tadschikischen Eliten an die Öffentlichkeit gelangten. Etwa zeitgleich zu dem TadAZ-Prozess in London meldete der Internationale Währungsfonds Unregelmäßigkeiten in den Berichten der Nationalbank Tadschikistans, die erhebliche Finanzmittel zur Stützung dubioser Baumwolltransaktionen der dominierenden Eliten abzweigte. Parallel zu den Berichten um TadAZ und die Nationalbank Tadschikistans kursierten in Duschanbe Gerüchte über Auseinandersetzungen innerhalb der Familie des Präsidenten, die das

Image Rachmons nachhaltig beschädigte: Angeblich eskalierte eine Auseinandersetzung um Zugriff auf wirtschaftliche Ressourcen in deren Folge Rachmons ältester Sohn seinen Onkel (und Schwager Rachmons) lebensgefährlich verletzte.

Eine Frage von Loyalität

Die – wie im Rahmen der vorliegenden Analyse – einseitige Fokussierung auf die dominanten Eliten kann den komplexen Realitäten in Zentralasien selbstverständlich nicht gerecht werden. Allerdings haben die politischen Eliten ein gesellschaftliches Milieu geschaffen, in dem ein krimineller Habitus insbesondere für junge Männer (Kriminalität, vor allem organisiertes Verbrechen, ist auch in Zentralasien ein überwiegend männliches Problem) nicht nur akzeptabel ist, sondern ausgesprochen attraktiv. Angesichts des dramatischen Verfalls des Bildungssystems sowie der düsteren sozialen Perspektiven für einen Großteil der jüngeren Generation gelingt es Netzwerken organisierter Kriminalität relativ leicht, sich als veritable Alternative für einen jugendlichen Lebensentwurf darzustellen. Insbesondere in den urbanen Zentren Kirgistans (Bischkek und Osch) und Tadschikistans (Duschanbe) werden Jugendliche bereits frühzeitig durch solche Netzwerke sozialisiert. Kriminelle Jugendgruppen werden in der Regel durch personalisierte Netzwerke organisierten Verbrechens manipuliert bzw. kooptiert. Lokale Eliten – »*bisnesmen*« und/oder Politiker – treten häufig als »Sponsoren« auf und integrieren Jugendliche in ihre Netzwerke. Kriminelle Gruppen und Eliten in Zentralasien generieren Loyalität durch die Mobilisierung einer (vorgestellten oder realen) ethnischen oder regionalen Identität. Als soziale Ordnungsmuster werden häufig traditionelle Clanstrukturen angeführt, die Loyalitäten verfestigen und verstetigen. Der Verweis auf Clanstrukturen, die den tiefgreifenden sowjetischen Transformationsprozess überdauerten und nach 1991 wieder wirkmächtig wurden, ist implizit eine Primitivisierung der zentralasiatischen Gesellschaften und in dieser Form nicht haltbar. Sicherlich spielt gemeinsame regionale und ethnische Herkunft eine gewichtige Rolle in der Schaffung von Vertrauen und Loyalität. Beispiele aus Tadschikistan nach dem Bürgerkrieg und Kirgistan nach den politischen Unruhen 2005 und 2010 zeigen jedoch, dass diese Loyalitätsstrukturen keineswegs stabil sind. Feldkommandeure oder Politiker-cum-Geschäftsleute (»*bisnesmen*«) mit einer regionalen Machtbasis oder »Clan«-Loyalitäten konnten nur so lange Loyalitätsbindungen aufrecht erhalten, wie sie auch in der Lage waren, ihren Anhängern entsprechende materielle Gegenleistungen zu bieten. Für zentralasiatische Eliten und insbesondere Netzwerke organisierter Kriminalität ist der Zugriff auf

formale Positionen und Ämter in staatlichen Strukturen weitaus wichtiger als der Rückgriff auf regional-ethnische Loyalitätsbande. Der Rückgriff auf Islam hat in diesem Kontext zwar zugenommen, ist aber kein neues Phänomen: Bereits während des tadschikischen Bürgerkrieges 1992–97 beriefen sich Feldkommandeure der Oppositionsgruppierungen wie auch des Regierungslagers (in beiden Fällen gehörten Feldkommandeure nicht selten zu den kriminellen Netzwerken der späten Sowjetzeit) auf vermeintlich islamische Werte, um Anhänger zu mobilisieren. Die Annahme eines islamischen Habitus ist auch in Usbekistan und mittlerweile zunehmend in Kirgistan ein wichtiger Bestandteil der Schaffung von Loyalitätsbanden. Islam kann aus religionssoziologischer Sicht als eine Religion beschrieben werden, die insbesondere das Verhalten eines Muslims in seiner Gesellschaft sanktioniert und so eine spezifische soziale Ordnung legitimiert. Diesen Umstand haben sich regelmäßig auch Vertreter des organisierten Verbrechens zu Eigen gemacht (dies gilt allerdings nicht nur für den Islam!), um sich in ihrem lokalen Kontext zu legitimieren.

Drogentransit

Eine Analyse der Wechselwirkung von Politik, Wirtschaft und Kriminalität in Zentralasien kann nicht ohne einen Verweis auf den Drogentransit auskommen. Im Vergleich zu dem Diskurs über islamisch motivierten Terrorismus in Zentralasien werden allerdings die Implikationen des regionalen Drogentransits weniger konturiert in der zentralasiatischen Öffentlichkeit medial projiziert. Nach Schätzungen des United Nation Office for Drugs and Crime (UNODC) wurden 2006 ca. 25–30 % der afghanischen Opiumderivate über Zentralasien vor allem in die Russische Föderation geschmuggelt, wobei der regionale Konsum vor allem minderwertiger Derivate in Zentralasien rapide ansteigt. Experten gehen zudem davon aus, dass sich der Anteil der nördlichen Route in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und teilweise auf China ausgerichtet hat. Obwohl westliche Staaten und internationale Organisationen in den vergangenen Jahren versucht haben, die Kapazitäten regionaler Drogenkontrollbehörden zu verbessern, sind die Erfolge eher bescheiden. Ein hoher Repräsentant einer der regionalen Drogenkontrollbehörden gab gegenüber dem Autor unumwunden zu, dass seine Behörde die Grenzen ihrer Aktivitäten deutlich von den dominierenden Eliten aufgezeigt bekäme.

Damit schließt sich ein argumentativer Kreis: Die dominierenden Eliten des postsowjetischen Zentralasiens haben staatliche Strukturen weitgehend unterminiert bzw. ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet – mit gravierenden Folgen für die gesell-

schaftliche Entwicklung der Region. Westliche Kooperation mit den zentralasiatischen Regimen ist nach wie vor geprägt von der Vorstellung, man könne die domi-

nierenden Eliten der Region in einen staatszentrierten Diskurs vermeintlich konvergenter Interessen einbinden. Diese Vorstellung sollte grundlegend überdacht werden.

Über den Autor:

Max Stiller ist ein Pseudonym. Der Autor ist der Redaktion bekannt.

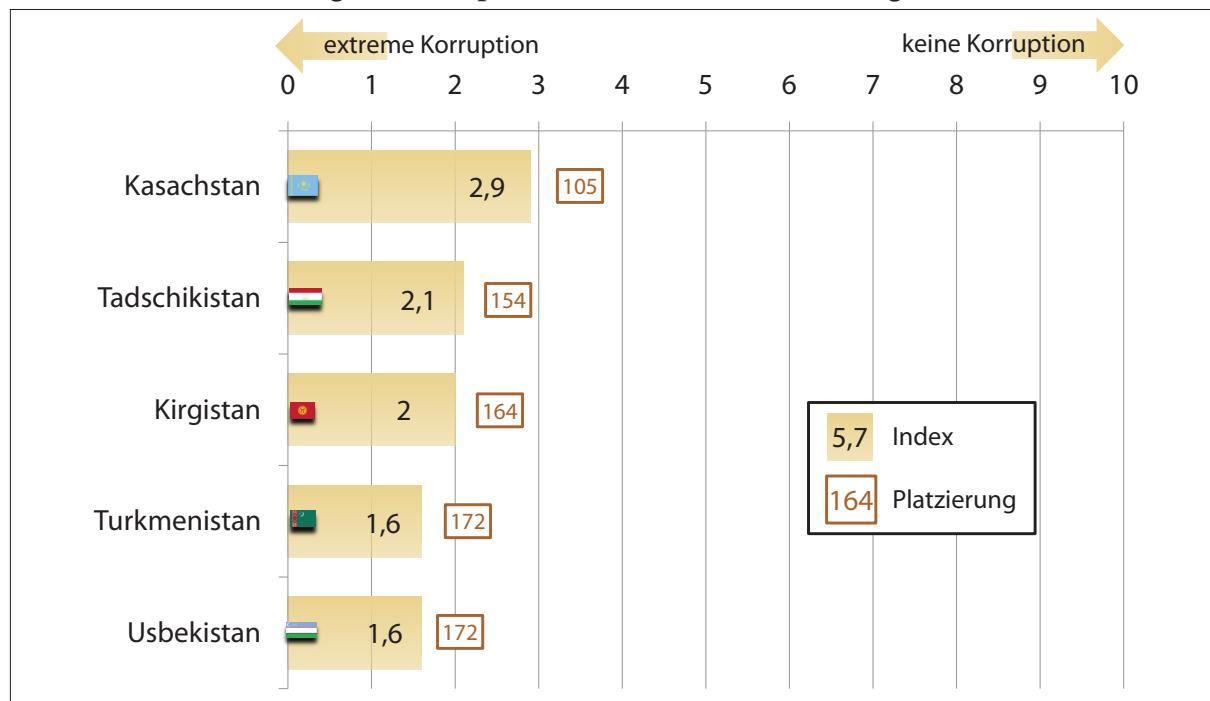
Lesetipps:

- David Lewis, Reassessing the Role of OSCE Police Assistance Programming in Central Asia, = OSI Occasional Paper Series, No. 4, herunterzuladen von: http://www.soros.org/initiatives/cep/articles_publications/publications/occasional-paper-4-2010411
- International Crisis Group (ICG), Central Asia: Decay and Decline, = Asia Report No. 201, Bishkek/Brussels 2011, herunterzuladen von: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia.aspx>
- Ron Stodghill, Oil, Cash and Corruption, in: The International Herald Tribune, 5. November 2006; heute zu finden z. B. unter: <http://www.kubz.com/article.php?sid=15050>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Korruption und Rechtsstaatlichkeit

Grafik 1: Wahrnehmung der Korruption, Indexwert und Platzierung 2010



Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt)

Quelle: *Corruption Perceptions Index 2010*, http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010